

Ich war vor Kurzem beim Kollegen Münstermann in der kleinen Gemeinde Langerwehe. Ich habe dort einen Arbeitskreis Asyl ausgezeichnet, der sich in dieser 13.000-Seelen-Gemeinde für die Aufnahme von Flüchtlingen engagiert. Dabei ist mir sehr eindrucksvoll geschildert worden, zu welchen menschlichen Begegnungen es dort kommt.

Das passiert nicht nur und Gott sei Dank nicht nur in Langerwehe im Kreis Düren, sondern das passiert in unserem Bundesland jeden Tag an jedem Ort ganz häufig. Darauf, finde ich, müssen wir stolz sein, und die positiven Beispiele sollten wir als diejenigen, die Verantwortung in dieser Gesellschaft tragen, immer wieder nach vorne stellen:

Es gibt die am Rand, die nicht in die Mitte der Gesellschaft gehören. Aber es gibt in der Mitte der Gesellschaft ein breites Bündnis der Demokraten, die sagen: Ja, es ist zurzeit eine Herausforderung, aber es ist auch eine Herausforderung an unsere eigene Menschlichkeit, diese Herausforderung, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu meistern.

Es ist an der Zeit, dass wir die Situation nicht durch die rosarote Brille sehen, dass wir nicht den Pessimisten und der Schwarzmalerei folgen, sondern dass wir einen unverklärten, realistischen Blick auf die Realität haben.

Johannes Rau hat einmal gesagt: Integration ist nicht einfach, dort entsteht Reibungswärme, weil es nämlich auch Probleme gibt, die es nicht kleinzureden gilt.

Aber, meine Damen und Herren, was bei allen Problemen deutlich werden muss, ist – und darum bitte ich alle Abgeordnete des Landtags; denn das ist die Selbstverpflichtung dieser Landesregierung –, deutlich zu sagen: Wir müssen jetzt Haltung zeigen in einer solchen Situation, die schwierig ist, die herausfordernd ist, die Probleme bereitet. Denn das, was montags abends unter dem Deckmantel von AfD und PEGIDA demonstriert, was wie von Herrn Höcke menschenverachtend auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen gesagt werden darf, ist eben nicht Volkes Stimme. Vielmehr sind wir Demokraten in der Mitte unserer Gesellschaft Volkes Stimme, und das müssen wir gemeinsam nach außen kundtun. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung erstens über den Antrag des fraktionslosen Abgeordneten Schwerd; das ist die **Drucksache 16/10055 – Neudruck**. Herr Schwerd hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Herr Schwerd. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU und FDP.

Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Piratenfraktion wurde der Antrag mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und FDP bei Zustimmung von Herrn Schwerd **abgelehnt**.

Wir stimmen ab zweitens über den Entschließungsantrag der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/10147 – Neudruck**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion der Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Schwerd. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

### 19 Gesetz zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/9887 – Neudruck

erste Lesung

Ich darf hinweisen auf den **Entschließungsantrag** der Piraten **Drucksache 16/10137**. Dieser Entschließungsantrag wurde inzwischen von der Fraktion **zurückgezogen**.

Zur Einbringung des Gesetzes wollte ich Frau Löhrmann das Wort erteilen, aber Frau **Ministerin Löhrmann** hat ihre Einbringungsrede bereits **zu Protokoll** gegeben. Deshalb ist eine weitere Aussprache hier nicht vorgesehen. (*Siehe Anlage 2*)

Wir kommen für heute zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrats, diesen **Gesetzentwurf Drucksache 16/9887 - Neudruck** - zu überweisen an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so **überwiesen**.

Ich rufe auf:

### 20 Gesetz zur Änderung des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/10081

erste Lesung

Einbringen würde diesen Gesetzentwurf Herr **Minister Jäger**. Er hat mitgeteilt, dass er die Einbringungsrede **zu Protokoll** gibt. (*Siehe Anlage 3*) Herzlichen Dank dafür. Eine weitere Aussprache ist nicht vorgesehen.



## Anlage 2

### Zu TOP 19 – „Gesetz zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes“ – zu **Protokoll gegebene Rede**

**Sylvia Löhrmann**, Ministerin für Schule und Weiterbildung:

*Vor sechs Jahren hat die Lehrerausbildung in Nordrhein-Westfalen ihre bisher grundlegendste Reform erfahren; vor allem mit Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse.*

*Über die Entwicklungen seit Inkrafttreten der Reform hat die Landesregierung dem Landtag 2013 Bericht erstattet. Mit der Reform wurde die Grundlage für eine praxisorientierte, professionelle und innovative Lehrerausbildung gelegt.*

*Lassen Sie mich dafür exemplarisch die Qualifizierung aller Studierenden im Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ nennen. Um diese weitsichtigen Investitionen zur zukunftsgerichteten Gestaltung des Lernens in der Einwanderungsgesellschaft beneiden uns jetzt andere Länder. Der Bericht bestätigt auch die Grundstrukturen der neuen Lehrerausbildung, vor allem die Bachelor- und Masterstudiengänge mit gleich langen Studienzeiten in allen Lehrämtern sowie die frühe Praxisorientierung. Hier setzen wir auf Kontinuität.*

*Eine Novellierung ist aber notwendig – weil wir wollen, dass unsere Lehrerausbildung auf der Höhe der Zeit bleibt und weiterhin auf die anstehenden Herausforderungen eingestellt ist, zumal sich die Anforderungen an künftige Lehrerinnen und Lehrer in dieser Legislaturperiode zum Teil erheblich verändert haben.*

*Die wichtigsten geplanten Änderungen in den jetzt vorliegenden Regelungsentwürfen sind:*

*1. Wir wollen die Lehrkräfte befähigen, noch besser und professioneller mit Heterogenität und Vielfalt umzugehen – insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Inklusionsprozesses an den Schulen.*

*2. Wir erleichtern Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen den Quereinstieg in das Lehramt an Berufskollegs.*

*3. Die Sekundarschule – die jüngste Schulreform in NRW – wird künftig in den Lehramtsbefähigungen abgebildet.*

*4. Wir wollen das Eignungspraktikum und das Orientierungspraktikum so zusammenführen, dass es sich besser in Studium und Schule integrieren lässt. Die so erwirtschaftete Ressource investieren wir in die Fachleitungen.*

*5. Die Dauer des Vorbereitungsdienstes wird auf 18 Monate festgeschrieben. Ich erinnere daran, dass unsere Lehrerausbildung in der ersten Phase ein 6-monatiges Praxissemester enthält.*

*6. Wir wollen die Fristen und die Regelungen zum Auslaufen der alten Staatsexamensstudiengänge zugunsten der Studierenden erweitern und über die in der vorletzten Legislaturperiode festgelegten Übergangsfristen hinausgehend den betroffenen Studierenden mit einer differenzierteren Regelung zusätzliche Chancen eröffnen, ihr Studium nach altem Recht abzuschließen. Das heißt: Der Gesetzentwurf sieht vor, die Fristen für alle Studierenden um ein Jahr zu verlängern (bis Herbst 2017 bzw. 2018) und erweiterte Härtefallregelungen zu schaffen.*

*7. Hochschulen sollen die sog. Systemakkreditierung künftig auch mit Wirkung für ihre Lehramtsstudiengänge unter Beachtung der Interessen der Schulseite durchführen können.*

*8. Die Mindestanforderungen des Landes an den Nachweis fremdsprachlicher Kenntnisse – vor allem des Latinums – werden den heutigen schulischen Unterrichtsanforderungen und Anforderungen anderer Bundesländer angepasst. Ich betone: Das bedeutet nicht die Abschaffung des Fachs Latein.*

*9. Fragen der Alphabetisierung und des schulischen Ganztagsbereichs erhalten einen verbindlichen Platz in der Lehrerausbildung.*

*10. Fragen der Medienkompetenz werden einen festen und verbindlichen Platz im Vorbereitungsdienst bekommen. Dazu investieren wir auch in technische Ausstattungen.*

*Insgesamt hat Nordrhein-Westfalen mit seiner Lehrerausbildung in den letzten Jahren eine führende Rolle in Deutschland eingenommen. Die wollen wir mit den heute beschlossenen Weiterentwicklungen und Optimierungen bekräftigen und ausbauen.*

